

Deutsches Netzwerk des Ökumenischen Begleitprogramms in Palästina und Israel www.eappi-netzwerk.de

Kasseler Linke
Fraktion im Kasseler Rathaus

Frage: Ist in Ihren Augen die Beendigung der Besatzung eine Bedingung für einen gerechten Frieden für Israelis und Palästinenser?

Ja.

Frage: Halten Sie die Zwei-Staaten-Lösung weiterhin für realistisch und erstrebenswert? Wenn JA: Welche Schritte sollte die zukünftige Bundesregierung unternehmen, um diese Lösung zu unterstützen? Wenn NEIN: Welches Szenario halten Sie für realistischer oder eher erstrebenswert?

Ja, aber. Aber, weil ich denke, dass alle Beteiligten gut daran täten angesichts der festgefahrenen Fronten, ggf. auch für andere konstruktive Vorschläge, die ich zzt. aber nicht sehe, offen zu sein. Die Bundesregierung sollte den Mut haben, gerade angesichts der deutschen Geschichte und Verantwortung politische Missstände als solche auch zu bezeichnen. Eine besondere politische Rücksichtnahme hinsichtlich einer notwendigen konstruktiven Kritk an der israelischen Politik ist in keiner Weise hilfreich, in keiner Weise angemessen und in keiner Weise gerechtfertigt.

Frage: Wie sollte die zukünftige Bundesregierung auf den Tatbestand des zunehmenden illegalen israelischen Siedlungsbaus in der Westbank bei gleichzeitiger Verweigerung des Rechts auf Wohnraum für Palästinenser in den C-Gebieten reagieren?

Zunächst eine klare und offene Kritik. Besondere, verbindliche Beziehungen zeichnen sich dadurch aus, dass man sich falls notwendig auch mal deutlich kritisiert. Hier ist es notwendig. Eine praktisch notwendige Konsequenz ist jegliches Verbot von Rüstungsexporten in die ganze Region inkl. Israel.

Frage: Wie sollte die Bundesregierung Ihrer Meinung nach reagieren, wenn den Bestrebungen deutscher Entwicklungspolitik derart rigide zuwidergehandelt wird?

Ich finde es nicht besonders hilfreich, jetzt bereits über so etwas zu spekulieren.

5. Etwa 300 palästinensische Kinder und Jugendliche sind ständig in israelischen Gefängnissen; mit ihrer Behandlung verstoßen die israelischen Behörden gegen internationales Recht (Eltern werden nicht über den

Verbleib ihrer Kinder informiert, Anwälte werden nicht zugelassen, Verfahren vor Militärgerichten, Gefängnisstrafen ab dem Alter von 12 Jahren möglich).

Frage: Halten Sie es für akzeptabel, dass der Staat Israel verschiedene rechtliche Standards an die Behandlung jüdischer oder palästinensischer Kinder anlegt? Wo sehen Sie Möglichkeiten für die deutsche Politik, diesem Unrecht entgegenzutreten?

Ich habe noch nie verstanden, warum das Völkerrecht bzw. die Menschrechte im Nahen Osten nicht uneingeschränkt gelten sollen. Es zeugt von einem höchst merkwürdiges Verantwortungs- und Geschichtsbewusstsein, Israel ggf. von solche Verpflichtungen auszunehmen. Klar muss sein, das gilt auch für die Fragestellungen zuvor, dass diplomatische Interventionen immer einen konstruktiven Charakter haben müssen.

Ich hoffe, dass Ihnen dies in der Kürze aussagekräftig genug ist. Für weitere Rückfragen und/oder weitere Informationen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

kai boeddinghaus (parteilos) Kasseler Linke

Fraktion im Kasseler Rathaus www.kai-boeddinghaus.de http://twitter.com/KaiBoeddinghaus www.kasselerrathausblog.de www.kasseler-linke.net www.baden-in-kassel.de